Reichstag.

Sitzung vom 9. April 1913.

Am Tische des Bundesrats: v. Heeringen, Kühn, v. Jagow.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung kurz nach 1 Uhr.

Die erste Beratung der Novelle zum Gesetz über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres von 1911/12, des Besoldungsgesetzes und des Mannschaftsversorgungsgesetzes in Verbindung mit dem Nachtragsetat für 1912 wurde fortgesetzt.

Abg. **Toormann** (fortschr. Vp.): Die Überzeugung, daß ein starkes Kriegsheer und auch ein starkes Friedensheer notwendig ist, besteht in allen Kreisen. Der Minister hat zugegeben, daß die Plötzlichkeit der Vorlage dadurch bedingt ist, daß sich die Heeresverwaltung und das Auswärtige Amt durch die Ereignisse auf dem Balkan haben überraschen lassen. Die Präsenzstärke soll mit der Bevölkerungszahl in Übereinstimmung gebracht werden. Das klingt fast so, als ob bisher etwas versäumt wäre. Man geht im allgemeinen von falschen Voraussetzungen über die Zahl der tauglichen Mannschaften aus. 1911 waren überzählige, unbedingt taugliche Personen nur 2642 übrig. Es ist also nicht richtig, daß Hunderttausende von Leuten herumliefen, die wehrfähig waren und unausgebildet blieben. 1888 hat man die Mindestgröße der Rekruten bei der Infanterie herabsetzen müssen. Ich frage: Kann man noch unter die Grenze von 1,57 bez. 1,54 herabgehen? Würden nicht die bisherigen Mißstände, namentlich die Militärmißhandlungen, dadurch neue Nahrung erhalten? Wir müssen bindende Erklärungen von der Kriegsverwaltung verlangen, daß die Reklamationen von Mannschaften für bürgerliche Zwecke möglichst Berücksichtigung finden, namentlich im Interesse der Landwirtschaft. Zu begrüßen ist die Schonung der älteren Jahrgänge im Kriegsfalle. Die Vorlage kostet große persönliche Opfer. Läßt sich überhaupt die Kriegslast gleichmäßig verteilen, wie die Steuerlast? Die Mehraushebung von 63000 Mann bedeutet für manche Familien die Einstellung von zwei Söhnen statt eines. Nun sollen auch noch 15000 Unteroffiziere und 4000 Offiziere neu eingestellt werden. Die Entziehung so vieler Kräfte wird sich auch für die Volkswirtschaft fühlbar machen. Auch die Landwirtschaft wird die Wirkung der vermehrten Aushebung sofort zu spüren bekommen, denn erfahrungsmäßig kehrt ein großer Teil der vom platten Lande stammenden Ausgehobenen nach der Dienstzeit nicht mehr auf das Land zurück. (Beifall links.)

Bundesbevollmächtigter Generalleutnant **Wandel**: Der Hr. Vorredner hat Zweifel darüber geäußert, ob es der Verwaltung möglich ist, die angeforderte Rekrutenzahl auch wirklich aufzubringen. Die Verwaltung hat die Frage sehr eingehend geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es ohne Zweifel und ohne irgendwelche Herabsetzung der Anforderungen an die körperliche Beschaffenheit möglich sein wird, die erforderliche Rekrutenzahl zu beschaffen. 1892 wurden 169000 Mann ausgehoben, 1893, als die neue Vorlage angenommen war, konnten ohne Schwierigkeit 235000 Mann ausgehoben werden. (Hört! hört!) Es ist damals nur etwas in der Körpergröße heruntergegangen worden. (Heiterkeit und Aharufe.) Erfahrungsgemäß ist die Zahl derjenigen, die wegen Mindermaß nicht zur Einstellung gelangen können, sehr gering und zweitens hat man die Erfahrung, daß ein geringeres Körpermaß kein Schaden für die Tauglichkeit ist. Das ist festgestellt. (Heiterkeit.) Geht man vom Jahre 1893 aus, so ergibt sich, daß damals auf tausend in den Listen Stehenden rund 256 Mann ausgehoben wurden. Rechnet man in derselben Weise weiter, und bedenken wir, daß wir 1911 in den Listen 1 281 000 Mann hatten, so würde man nach dem Ergebnis des Jahres 1913, wo man 1 322 000 Mann in den Listen hatte, im Jahre 1915 ohne weiteres 338 000 Mann ausheben können. Das ist also ein Plus von 73 000 Mann und geht über das hinaus, was die Vorlage verlangt. Dazu kommt, daß wir bei uns nur 58 bis 59 Proz. einstellen, während man in Frankreich schon auf 82 Proz. gekommen ist. Ich muß nun auf eine andere Frage Bezug nehmen. Es ist nicht beabsichtigt, den Reklamationen eine andere Behandlung wie bisher angedeihen zu lassen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Haegy** (Els.): Wir können der neuesten Militärvorlage nur ablehnend gegenübertreten. Ihre Forderungen ließen sich nur erklären, wenn es sich um die äußerste Bedrohung der nationalen Existenz Deutschlands handelte. Das vermag bei uns niemand zu glauben. Unsere Bevölkerung hat sich mit allem Nachdruck gegen die Kriegstreibereien und gegen das Aufgreifen der sogenannten elsaß-lothringischen Frage als eines zum Kriege treibenden Momentes erklärt. Durch die Schroffheit und Plötzlichkeit der neuen Forderung ist in die europäische Öffentlichkeit ein Moment der Beunruhigung hineingetragen, das wahrlich nicht dem Frieden dienen kann. Geht die neue deutsche Wehrvorlage nicht durch, so fällt in Frankreich die dreijährige Dienstzeit unter den Tisch. Das französische Volk würde von einem Alpdruck befreit. Eine Verständigung der Völker ist möglich, das haben auch englische Staatsmänner anerkannt. Die französischen Parlamentarier sind in der glücklichen Lage, auch bei Kriegserklärungen ein Wort mitzusprechen. (Beifall.)

Abg. **Werner-Hersfeld** (wirtsch. Vgg.): Die Rede des Reichskanzlers ist im Auslande, namentlich in Österreich, fast durchweg begrüßt worden; selbst die französische Presse spricht sich im allgemeinen nicht ablehnend aus. Wir müssen nach dem Ausspruch der Königin Victoria von England uns schon im Frieden für alle Eventualitäten rüsten ohne Rücksicht auf andere Staaten. Seit 1911 sind Verhältnisse eingetreten, an die man damals nicht denken konnte. Der König von Montenegro, der Souverän sämtlicher Hammeldiebe, führt eine Sprache, die nicht erträglich ist.

Präsident Dr. Kaempf rief den Redner dafür, daß er den König von Montenegro als Souverän sämtlicher Hammeldiebe bezeichnet habe (Stürmische Heiterkeit), nachträglich zur Ordnung.

Abg. Dr. **Frank** (soz.): Es hat sich ein ganz plötzlicher Umschwung der deutschen Politik vollzogen, der durfte sich aber nicht vollziehen durch einen Meinungswechsel, sondern nur durch einen Ministerwechsel. Die eigentliche Begründung der Vorlage steht immer noch aus; die Regierung übt sich im Schweigen. Wir hätten die Vorlage nicht bekommen, wenn nicht die Jubiläumsfeier gewesen wäre. (Unruhe rechts.) Es ist etwas Gefährliches um geschichtliche Parallelen. Nach Carl Marx wird jedes geschichtliche Drama in einer Farce wiederholt. Bei dem Vergleich mit Stein käme ja der Kanzler ebenso wenig zu kurz wie Hr. v. Heeringen bei dem Vergleich mit Scharnhorst (Heiterkeit); in Verlegenheit kämen wir bloß wegen Napoleon, ob wir ihn mit Peter von Serbien oder mit Nikita von Montenegro vergleichen sollten. (Große Heiterkeit.) Wir haben mindestens 300000 russische Arbeiter, die meist Reservisten sind, jährlich in Deutschland. Ich traue unserer Regierung jede Dummheit zu (Heiterkeit), ich glaube aber nicht, daß sie diese Leute dann nach Hause läßt. So ist Rußland um weitere 300 000 Mann im Kriegsfalle geschwächt. Unter den neu geforderten Rekruten befinden sich mindestens immer 50000 Sozialdemokraten, und 80 000 werden sicher jedesmal aus der Kaserne heimkehren. (Widerspruch rechts.) Es gibt keine bessere Sicherung des Reiches, als eine Reform des preußischen Wahlrechts und Aufhebung der Sondergesetze gegen die Polen. Heute sehen wir, daß eine Verständigung mit England angebahnt ist, die man früher als unmöglich bezeichnet hat. Man hat eine einjährige Rüstungspause mit England vorgeschlagen. Wäre es möglich, diese Pause mit Frankreich durchzusetzen, dann würden zwei Völker erleichtert aufatmen. Wir hoffen und wünschen, daß auch die bürgerlichen Friedensfreunde mit uns arbeiten werden. Wir gehen einen Weg, von dem wir wissen, daß hinter uns der Wille zweier arbeitender Nationen steht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Haeusler** (Z.): Ob die Vorlage das Richtige trifft, darüber herrschen in militärischen Kreisen die größten Widersprüche. In der Begründung liegt eine Bankerotterklärung unserer Septennats- und Quinquennatswirtschaft. Was haben diese für einen Zweck, wenn alle Jahre solche Vorlagen kommen? (Sehr richtig! im Zentrum.) Nur eine Maximalpräsenzziffer würde das Richtige sein. Für die kriegerische Nutzbarmachung unserer Volkskraft gibt es nur einen Weg, die weitere Verkürzung der Dienstzeit unter Beseitigung aller Ungleichheiten bei der dreijährigen Dienstzeit der Kavallerie und beim Einjährigenprivileg. Die ganze Arbeit muß auf die kriegsmäßige Ausbildung gerichtet sein. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Geben wir Frankreich mit seiner Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit die Antwort durch eine Herabsetzung der Dienstzeit des deutschen Heeres! (Sehr gut! im Zentrum und links.) Für die Effektivhaltung aller unserer Formationen erscheint eine dreimonatige Ausbildung der Ersatzreserven genügend. (Hört, hört!) Wenn die militärischen Autoritäten diese Dreimonatsausbildung für wertlos erklären, so lehrt die Kriegsgeschichte, auch die von 1870, das Gegenteil; und gerade die Jahrhundertfeier gibt Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß die Truppen, die 1813 die größten Siege erfochten, zum größten Teile aus unausgebildeten Mannschaften bestanden. (Hört, hört! links.) Alle diese Vorteile würden sich bieten, wenn man die Ausbildung auf das Kriegsgemäße beschränkt und allem Paradedrill den Abschied gibt. (Lebhafte Zustimmung links.) Die wirksamste finanzielle Vorbereitung eines Krieges ist unzweifelhaft die bis zum letzten Moment geschonte Steuerkraft des Volkes. Viele Millionen können erspart werden durch Beseitigung einer Menge hoher Stellen, von denen wir in der Armee viel zu viel haben. Nach Bewilligung der Mittel für die feldgraue Uniform muß mit dem Luxus in den Uniformen gebrochen werden. (Sehr richtig! links und Zuruf: Affenjacke!) Das ist doch nichts wie reine Soldatenspielerei. In unserer Heeresverwaltung sind Mängel vorhanden, deren Beseitigung verdienstvoller ist, als dieser unsinnige Rüstungswettlauf. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Die Ausbildungszeit unserer Offiziere ist viel zu kurz. (Der Reichskanzler erscheint am Bundesratstisch.) Es ist ganz unerhört, wenn der Kriegsminister hier erklärt, daß ein Offizier nicht im Heere bleiben könne, der einer Forderung zum Zweikampf nicht Folge leiste. (Lebhafter Beifall links und große Unruhe rechts.) Unsere Intendantur ist im höchsten Grade rückständig. Auch an eine Reorganisation des ärztlichen Dienstes muß gedacht werden. Der Ärztemangel nimmt geradezu einen erschreckenden Umfang an. (Wachsende Unruhe rechts und laute Zwischenrufe.) Mit allen solchen Bedenken muß man an diese Vorlage herangehen. (Lebhaftes anhaltendes Zischen rechts und Pfuirufe, demonstrativer Beifall links.)

Kriegsminister **v. Heeringen**: Wenn das, was der Abg. Haeusler gesagt hat, zuträfe, so stände es um die deutsche Armee allerdings schlecht. (Große Unruhe links.) Aber das ist nicht der Fall. Worauf es hier ankommt, ist die Schlagfertigkeit der Armee. Der Vorredner hat allerdings darin recht, daß der deutsche Soldat mehr kostet, als der französische. Summa summarum kostet der deutsche Soldat 440, der französische 362 M. Der Abg. Haeusler hat von der zu hohen Bezahlung der deutschen Offiziere gesprochen. Ich möchte den deutschen Offizier sehen, der sich durch seine aktive Dienstzeit irgendwie Reichtum gesammelt hat. Der Abg. Haeusler hat dann einen organisatorischen Vorschlag gemacht. Diese Umänderung unserer jetzigen Organisation würde unbedingt mehr Offiziere im Frieden zur Vorbereitung erfordern. Wenn der Abg. Haeusler weiter sagte, daß das Material der Artillerie nicht genüge, so muß ich dagegen bestimmten Protest erheben. Es hat das eine weitgehende Bedeutung, wenn es im Auslande bekannt wird. (Lebhafte Zustimmung rechts. Große Unruhe links und im Zentrum.) Ich muß aber sagen: Unsere Artillerie genügt durchaus. Es ist ein Irrtum, wenn der Abg. Haeusler glaubt, daß die Disziplin im Kriege durchhält, auch wenn die Dienstzeit verkürzt wird. Das darf nicht geschehen, wenn die Schlagfertigkeit der Armee nicht herabgehen soll. Gewiß kann noch vieles gebessert werden. Auf die dreimonatige Ausbildung der Ersatzreserve im deutschen Heere läßt sich die deutsche Heeresverwaltung nicht ein. Heute ist es anders als 1813. Das deutsche Heer kann nur dann Erfolg haben, wenn ihm die erforderliche Ausbildung im Frieden zuteil wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Königl. Bayerischer Generalmajor **Wenninger**: Der Abg. Haeusler hat in der Zeit, in der er der Feldartillerie angehörte, zweifellos als Sachverständiger gegolten. Aber da der Hr. General vorhin selbst erklärt hat, daß gerade die Feldartillerie infolge der Fortschritte der Technik jetzt soweit vorgeschritten ist, und er diese Fortschritte am eigenen Leibe nicht miterlebt hat, so wird er zugestehen, daß seine Sachverständnis hierdurch zweifellos etwas eingeschränkt worden ist. Was die Kavallerie betrifft, so hat Hr. Haeusler durch seine eigenen Ausführungen schlagend bewiesen, daß er ein Sachverständnis in bezug auf die Kavallerie nicht besitzt. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, als Vertreter der bayerischen Armee das festzustellen, was ich festgestellt habe. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum und auf der Linken; Rufe des Unwillens; lang andauernde Bewegung und Unruhe.)

Abg. **Lanz** (Bayer. Bbd.): Ich muß dem Abg. Haeusler in vielem zustimmen, kann aber nicht alles billigen, was er gesagt hat, schon deshalb nicht, weil doch alles, was er ausgeführt hat, auch ins Ausland dringt. (Große, sich immer steigernde Unruhe, die zeitweise den Redner völlig verhinderte, sich verständlich zu machen.) Der Tendenz der Vorlage müssen wir zustimmen, weil wir nicht verantworten können, daß wir im nächsten Kriege unterliegen. In erster Linie wird es Sache des Zentrums sein, die erforderliche strenge Prüfung der Vorlage eintreten zu lassen.

Reichskanzler Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Es ist nicht der letzte Teil der Debatte, der mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen. Aber ich habe das Bedürfnis, zu zwei Punkten, die gestern und heute erwähnt worden sind, kurz Stellung zu nehmen. Zunächst will ich der Auslegung entgegentreten, die einige Redner meinen Bemerkungen über slawische und germanische Gegensätze gegeben haben. Ich habe von panslawistischen Strömungen gesprochen, und ich konnte an diesen Strömungen nicht vorübergehen, weil sie in der gegenwärtigen Balkankrisis eine markante Rolle spielen. Aus diesen panslawistischen Tendenzen hat ein Teil der Publizistik eine kommende Auseinandersetzung zwischen dem Slawentum und dem Germanentum gefolgert. Gegen dieses Schlagwort habe ich entschieden Widerspruch eingelegt, habe vor ihm gewarnt, und ich wiederhole diese Warnung heute noch einmal mit ernstem Nachdruck. Das Schlagwort verwechselt die panslawistischen Strömungen mit der Zugehörigkeit zur slawischen Rasse. Die slawische Rasse ist ebenso wie auch die germanische auf viele Länder verteilt und wohnt da im Zusammenhang mit anderen völkischen Bestandteilen. Das Schlagwort ist auch um deswillen unrichtig, weil es reale Interessengegensätze zwischen uns und Rußland nicht gibt, und das Schlagwort schädigt endlich die Politik, die ich zu führen wünsche und die auf die Erhaltung eines gut nachbarlichen Verhältnisses zu Rußland gerichtet ist. Der zweite Grund, weshalb ich das Wort ergriffen habe, ist der, daß hier von verschiedenen Rednern ganz irrtümliche Darstellungen über die Entstehung der Wehrvorlagen ausgesprochen worden sind. Weder der Wehrverein hat die Vorlage veranlaßt, noch ist eine Kapitulation des Hrn. Kriegsministers oder meiner Person vor dem Generalstab vorgekommen. M. H., aus äußerpolitischen und militärpolitischen Gründen habe ich mich im November vorigen Jahres von der Notwendigkeit überzeugt, neue Rüstungen für unsere Armee vorzunehmen. (Hört, hört!) Daß wir dabei nicht sofort an die Öffentlichkeit getreten sind, nun, m. H., dafür werden Sie wohl Verständnis haben. Aber dieser Entschluß ist entstanden aus dem Verantwortungsgefühl für die Sicherheit unserer Zukunft. (Beifall.) Ich habe aus dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen den Eindruck gewonnen, daß die große Mehrheit der Parteien dieses hohen Hauses sich bei ihren kommenden Entschlüssen von dem gleichen Gefühl der Verantwortung leiten lassen will, daß sie es erkannt haben, welche große und ernste Bedeutung für Deutschland die Entschlüsse haben werden, die sie fassen wollen. (Beifall.)

Damit schloß die Generaldiskussion.

Persönlich bemerkte Abg. **Haeusler** (Z.): Meine Ausführungen wollten in keiner Weise eine Unterlegenheit unserer Artillerie behaupten. Ich habe nur Wünsche und Anregungen geäußert.

Bayerischer Generalmajor **Wenninger**: Ich habe noch das Bedürfnis, im Namen des bayerischen Offizierkorps hier das tiefste Bedauern darüber auszusprechen, daß der Abg. Haeusler hier Worte in seiner Rede gesprochen hat, die ihren Beifall nicht in der eigenen Partei, sondern nur auf der äußersten Linken gefunden haben. (Stürmischer Widerspruch im Zentrum; stürmische Pfuirufe.)

Vizepräsident **Tove**: Die Debatte ist wieder eröffnet. Das Wort hat der Abg. Ledebour.

Abg. **Ledebour** (soz.): Ich lege entschieden Verwahrung dagegen ein, daß einer der Herren Militärbevollmächtigten sich erlaubt, einem Abgeordneten Vorhaltungen zu machen. Und zwar in einer Form, die den Anschein erwecken mußte, als ob ihm dadurch eine moralische Minderwertigkeit bezeugt werden sollte, weil er auf irgendeiner Seite des Hauses und nicht bei seiner eigenen Partei Beifall erhalten hat. (Mit gehobener Stimme): Das geht den Hrn. Bayerischen Bundesratsbevollmächtigten gar nichts an. (Stürmische, sich immer wiederholende Zustimmung fast im ganzen Hause.)

Bayerischer Generalmajor **Wenninger** (vom Zentrum mit Schlußrufen empfangen): Das habe ich nicht als Bundesratsbevollmächtigter getan, aber als bayerischer Offizier . . . (Erneuter, nicht enden wollender Sturm der Entrüstung fast im ganzen Hause.)

Die Debatte war wiederum eröffnet.

Abg. Dr. **Frank** (soz.): Die erneute Erklärung des bayerischen Bevollmächtigten ist die beste Illustration dessen, was heute verschiedentlich gesagt wurde über die Anmaßung militärischer Kreise, über ihre Einmischung in das bürgerliche Leben, die auch nicht davor zurückschreckt, das Parlament heimzusuchen. (Stürmische Zustimmung im Zentrum und links.) Ich weise diesen Vorwurf, in die Selbstbestimmung des Parlaments einzugreifen, auf das energischste zurück und erwarte von dem Selbstbewußtsein aller Parteien, daß sie sich unserem Protest anschließen. (Tosende, andauernde Zustimmung des Hauses.)

Die Wehrvorlagen wurden an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgte die erste Beratung der Deckungsvorlagen.

Reichsschatzsekretär **Kühn**: Infolge der durch die Heeresvorlage geforderten Verstärkung unserer Rüstung sieht sich die Finanzverwaltung einer Aufgabe gegenüber, wie sie ihr in solcher Schwere, seit das Reich steht, nicht gestellt worden ist. Es kommt hinzu, daß die Finanzgebarung noch vor kurzem an schweren Schäden krankte, daß sie erst vor wenigen Jahren eine gewisse Festigung erfahren hat, daß aber die Vollendung des Sanierungsprozesses erst noch, in allerdings kurzer Frist, erreicht werden soll. In einem solchen Zeitpunkt, um zunächst von den einmaligen Ausgaben zu sprechen, annähernd eine Milliarde bereitzustellen, hätte auf den ersten Blick nahezu unmöglich erscheinen können. Jedenfalls erheischte das außerordentliche Erfordernis der Stunde eine außerordentliche Maßnahme. Was die Verbündeten Regierungen für das Rechte erachten, die Leistung eines einmaligen Beitrags in Höhe von ½ Proz. des Vermögens, ist Ihnen als Drucksache unterbreitet. Das in den Augen vieler nächstliegende Auskunftsmittel, eine Anleihe aufzunehmen, war uns verschlossen. Ich meine nicht, daß sich für das Reich niemals die Eventualität ergeben könne, eine Anleihe für andere als werbende Zwecke aufnehmen zu müssen. Aber in dem gegenwärtigen Stadium der Finanzentwicklung und bei der gegenwärtigen Gesamtlage der inneren und äußeren Verhältnisse ist kein Raum dafür. Es trifft nicht zu, wenn man sagt, die Maßnahmen, die wir mit der Milliarde bestreiten wollen, kommen zum großen Teil auch späteren Generationen zugute, die also ihren Anteil dazu beisteuern sollten. Im Gegenteil, die Maßnahmen, die wir mit der Milliarde bestreiten wollen, sind eine Forderung der Gegenwart. Und was wäre auch mit der Verweisung des fehlenden Betrages auf die Anleihe gewonnen worden? Die Verzinsung und Tilgung allein hätte eine neue, und zwar sehr beträchtliche Steuer — etwa gleich der Besitzsteuer — erfordert, während doch die großen Einnahmequellen, auf die das Reich in erster Linie angewiesen ist, erst vor wenigen Jahren stark in Anspruch genommen sind. Sodann darf man nicht übersehen, daß die Anleihe nur zu einem außerordentlich niedrigen Kurse hätte gegeben werden können. Ihr Kurs hätte auf den der sonstigen Schuldpapiere des Reiches und der Bundesstaaten gedrückt, alle anderen festverzinslichen Werte wären in Mitleidenschaft gezogen, und die Inhaber dieser Papiere hätten eine nachhaltige Schädigung zu verzeichnen gehabt. Nun hat man in der Presse auch davon gesprochen, daß das Geld durch eine Art Zwangsanleihe aufgebracht werden könne, ich glaube aber nicht, daß eine solche Proposition im Hause Befürworter gefunden hätte. Die Gegner der Schuldenwirtschaft müßten mit mir gegen diese wie gegen jede andere Anleihe entschieden Stellung nehmen, und überdies würde ein derartiges Vorgehen in den Augen des Auslandes allerdings als kaum verhüllte Anmeldung des Staatsbankerottes aufgefaßt werden. Genau die entgegengesetzte Wirkung wird die einmalige Abgabe vom Vermögen haben, welche die Verbündeten Regierungen in Aussicht nehmen. Daß sie von allen ohne Unterschied der Stellung und des Vermögens unter Vorantritt unserer Fürsten bereitwillig gezahlt und verhältnismäßig leicht verwunden werden wird, das wird unsere Widerstandsentschlossenheit und unsere Widerstandsfähigkeit vor aller Welt dokumentieren! Daß man über die Ausführung abweichend urteilen kann, ist selbstverständlich. Wir haben geglaubt, den Wehrbeitrag tunlichst einheitlich und einfach gestalten zu sollen. Die Einmaligkeit des Wehrbeitrags ist eines seiner wesentlichsten Merkmale, der Gedanke würde seiner politischen und ethischen Bedeutung entkleidet werden, wenn auch nur die Möglichkeit zu einer Wiederholung gegeben wäre. Das Jahr 1913 wird als ein Markstein in der Geschichte unseres Heeres- und Finanzwesens dastehen. Die Regierungen legen Ihnen in §§ 1 und 2 des Gesetzentwurfs ein besonderes Besitzsteuergesetz vor. Dieses muß einen erheblichen Betrag der dauernden Kosten, rund 80 Mill. M., aufbringen. Eine reine Reichsvermögenssteuer mußte ausscheiden, nicht nur für jetzt, sondern auch für später, weil wir diese Einnahmequelle ebenso wie die Einkommensteuer den Einzelstaaten ohne Schädigung ihrer eigenen Aufgaben nicht entziehen dürfen. Eine Erbschaftssteuer empfahl sich ebenfalls nicht in der Form, wie sie uns vorschwebt. Man würde auch nicht gut tun, den Crisapfel in die Versammlung zu werfen, zumal auch Gründe recht praktischer Art gegen diese Steuer sprechen. 80 Mill. M. wären auch nicht aufzubringen, wollte man nicht zu enorm hohen Steuersätzen greifen; auch der Moment der Steuererhebung beim Tode des Ernährers ist denkbar ungünstig. Die periodisch einsetzende Vermögens-